

Presseinformation der DSTG – Baden-Württemberg

„Glaubwürdigkeit verlangt: Jetzt starken Worten auch Taten folgen lassen!“

„Mit ihrem Beschluss von gestern versucht die Stuttgarter Landesregierung, ihre steuerpolitische Geisterfahrt zu beenden und wieder auf Kurs zu kommen“, kommentiert der Landesvorsitzende der Steuer-Gewerkschaft in Baden-Württemberg, Franz Riß, die gestrige Kabinettsentscheidung.

„Auf diesen starken Worten lässt sich wieder Vertrauen beim Steuerpersonal aufbauen, aber nur, wenn den starken Worten auch die notwendigen Taten folgen“, merkt er insbesondere zum Ausspruch von Ministerpräsident Mappus an, „er sei für eine knallharte Vorgehensweise gegen Steuersünder“.

Als „vertrauensbildende Sofortmaßnahme“ fordere die Fachgewerkschaft DSTG in Baden-Württemberg mindestens 60 zusätzliche Fahnder-Stellen – allerdings nicht durch untaugliche „Umschichtung“ aus anderen Not leidenden Abteilungen der Finanzämter, sondern on-top.

Um das Ziel des Ministerpräsidenten wirklich mit Aussicht auf Erfolg anzugehen, sei eine Aufstockung um insgesamt mind. 120 Fahnder nötig.

Die Bekämpfung der kriminellen Steuerhinterziehung sei eine arbeitsaufwendige, hochkomplexe Ermittlungstätigkeit, die hoch qualifiziertes Personal erfordere.

„In diesem Metier läuft ohne glaubwürdige Kontrollen für den Staat zu viel außer Kontrolle“, so Riß weiter.

Das sollten Bund und Länder nun endlich energisch gemeinsam angehen, denn „es lohnt sich ganz außerordentlich“.

Dabei stünde es der Landesregierung gut zu Gesicht, hierbei glaubwürdig und tatkräftig voran zu gehen.

Verantwortlich i.S.d.P:

DSTG-Landesverband Baden-Württemberg, Vors. Franz Riß, Postfach 101007
70009 Stuttgart, mail: riss@dstg-bw.de